

Stadtgemeinde soll gegen Gleis 1-Ausbau klagen

Drei Beiräte unterstützen Forderung der Bahnärminitiative

Von niels kanning Bremen. Eine Lärmschutzklage ist nicht Anwohnersache, sondern eine städtische Angelegenheit. Diese Auffassung vertritt die Bahnärminitiative Bremen: Sie fordert die Stadtgemeinde auf, gegen den Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahnbundesamtes zum Ausbau von Gleis 1 zu klagen. Die Bürgerinitiative wird darin von den Beiräten Mitte, Östliche Vorstadt und Schwachhausen unterstützt. Wenn es politisches Ziel sei, mehr Güter auf der Schiene zu transportieren, dann müsse die Stadt auch für den Lärmschutz ihrer Bürger entlang der gesamten Bahnstrecke von Huchting bis Hemelingen und Bremen-Nord eintreten, erklärte Walter Ruffler von der Bahnärminitiative. Die Klagefrist endet am kommenden Montag.

Wie mehrfach berichtet, wird sich das Güterverkehrsaufkommen durch den Bau des Weser-Jade-Ports in Wilhelmshaven langfristig verdoppeln. Statt bislang 218 Güterzüge pro Tag sollen schon bis 2015 etwa 280 Güterzüge täglich durch das Stadtgebiet und den Hauptbahnhof rollen. Dafür muss die Deutsche Bahn die Voraussetzungen schaffen - mit dem Ausbau von Gleis 1, auf der die Güterzüge in Richtung Süden rollen, und dem Ausbau der sogenannten Oldenburger Kurve für die nach Norden fahrenden Züge.

Kurz vor Weihnachten war der Ausbau von Gleis 1 genehmigt worden. Das zweite Verfahren - der geplante Ausbau der Oldenburger Kurve - befindet sich noch in der Anhörung. Dazu wurden gestern in einer ganztägigen Sitzung die Träger öffentlicher Belange gehört. "Eine sehr zähe und paragrafenlastige Veranstaltung", wie Teilnehmer der Sitzung zusammenfassten.

Die Hoffnung, dass sich auf Seiten der Deutschen Bahn "noch etwas bewegt", haben die Ortsamtsleiter Karin Mathes (Schwachhausen/Vahr) und Robert Bücking (Mitte/Östliche Vorstadt) nicht aufgegeben. Und Michael Rüppel, Sprecher des Beirates Mitte, ergänzte, man habe im Anhörungsverfahren zwar einige Erfolge erzielt, doch das Grundproblem, die hohe Lärmbelastung an der gesamten Bahnstrecke, sei damit nicht gelöst.

Teilerfolge sieht auch Angelina Sörgel, Sprecherin der Bahnärminitiative und SPD-Beiratsmitglied, bei dem Bau von Lärmschutzwänden. Wie Sörgel nach dem gestrigen Anhörungsverfahren feststellte, habe die Deutsche Bahn den Bau von zusätzlichen Lärmschutzwänden entlang des Streckenabschnitts von der Stephanibrücke bis zur Nicolaistraße (außer der Brücke Breitenweg) in Aussicht gestellt. Allerdings gebe es noch keine Finanzierungszusage. Neu im Gespräch sei auch der Einsatz von sogenannten Schienenschmiermitteln, mit denen in Schienenkurven eine relativ kostengünstige Lärmreduzierung von bis zu 20 Dezibel möglich sei. Verbindliche Zusagen der Bahn, so Angelina Sörgel, habe es in dem Anhörungsverfahren zur Oldenburger Kurve aber nicht gegeben.

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 7 Datum: 18.01.2012